

Art. 6. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Brussel, 18 oktober 2023.

De Minister-President, belast met Internationale Betrekkingen, Sport en Onderwijs voor sociale promotie,
P.-Y. JEHOLET

De Vicepresident en Minister van Begroting, Ambtenarenzaken, Gelijke kansen,
en het toezicht op Wallonie-Bruxelles Enseignement,
Fr. DAERDEN

De Vicepresident en Minister van Kind, Gezondheid, Cultuur, Media en Vrouwenrechten,
B. LINARD

De Minister van Hoger Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek, Universitaire ziekenhuizen, Hulpverlening aan de
Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd en Promotie van Brussel,
F. BERTIEAUX

De Minister van Onderwijs,
C. DESIR

—
Nota

Zitting 2023-2024

Stukken van het Parlement. Ontwerp van decreet, nr. 592-1. - Verslag van de commissie, nr. 592-3 - Tekst
aangenomen tijdens de plenaire vergadering, nr. 592-3 -

Integraal verslag. - Bespreking en aanneming. - Vergadering van 18 oktober 2023.

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205455]

22. MAI 2023 — Dekret zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Beirat: der in Artikel 14 des vorliegenden Dekrets erwähnte Beirat für Kinderbetreuung;
2. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
3. Dienstleister: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung die natürliche oder juristische Person bzw. nichtrechtsfähige Vereinigung, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich eine Kinderbetreuung anbietet;
4. in der Kinderbetreuung tätige Person: gemäß Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung die natürliche Person, die als Dienstleister oder im Auftrag eines Dienstleisters tätig ist und selbst Kinder betreut oder unmittelbar und regelmäßig mit betreuten Kindern in Kontakt kommt;
5. konventionierte/r Tagesmutter/-vater: in der Kinderbetreuung tätige Person, die im Auftrag eines Tagesmüttertienstes, ohne durch einen Arbeitsvertrag an diesen Dienst gebunden zu sein oder einem statutarischen Dienstverhältnis zu unterliegen, vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;
6. selbstständige/r Tagesmutter/-vater: Dienstleister und in der Kinderbetreuung tätige Person, die selbstständig im Rahmen eines Betreuungsvertrags vorrangig Kleinkinder, die nicht die eigenen sind, betreut und/oder gegebenenfalls außerschulische Betreuung anbietet;
7. selbstständige Co-Tagesmütter/-väter: nichtrechtsfähige Vereinigung von höchstens drei bereits anerkannten selbstständigen Tagesmüttern/-väter an einem Ort zur gemeinsamen Kinderbetreuung;
8. Zentrum: das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.

*KAPITEL 2 - Schaffung des Zentrums***Art. 4 - Schaffung**

Es wird ein Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung geschaffen.

Das Zentrum besitzt die Rechtspersönlichkeit einer Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets.

Das Zentrum hat seinen Sitz im deutschen Sprachgebiet.

*KAPITEL 3 - Aufgaben des Zentrums***Art. 5 - Grundsatz der Vielfalt**

Im Rahmen des vorliegenden Dekrets stellt das Zentrum sicher, dass qualitativ hochwertige und auf wissenschaftlichen Standards beruhende Kinderbetreuung und frühkindliche Entwicklung sowie Pluralität und Vielfalt in der Kinderbetreuung die Grundlage der Ausübung seiner Aufgaben bilden.

Art. 6 - Aufgaben

Das Zentrum nimmt folgende allgemeine Aufgaben wahr:

1. die allgemeine Information der Bevölkerung über die Maßnahmen und Angebote im Bereich der Kinderbetreuung;
2. Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Kinderbetreuung;
3. aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Parlaments oder der Regierung die Ausarbeitung von Bedarfsanalysen und sich daraus ergebenden Empfehlungen zur Anpassung des Angebots;
4. die Förderung und die Begleitung des Informationsaustauschs und der Netzwerkarbeit zwischen den Dienstleistern;
5. die Durchführung oder Beauftragung von Studien und Untersuchungen im Bereich der Kinderbetreuung;
6. die Organisation von Fort- und Weiterbildungen für die in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
7. im Auftrag der Regierung die Wahrnehmung der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in belgischen, europäischen oder internationalen Gremien sowie das Abschließen von Kooperationsvereinbarungen mit Behörden und Einrichtungen im In- und Ausland;
8. die Begleitung und Beratung der selbstständigen Tagesmütter/-väter und selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, insbesondere vor Aufnahme ihrer Betreuungstätigkeit, in Bezug auf die räumliche Gestaltung der Betreuungsräumlichkeiten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, in Bezug auf die Ausarbeitung ihres pädagogischen Betreuungskonzepts sowie in Bezug auf die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen;
9. das Erstellen von Stellungnahmen in Bezug auf die Anerkennungen bzw. in Bezug auf die Aufrechterhaltung, die Verlängerung, die Abänderung, die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/-väter und Co-Tagesmüttern/-väter durch die Regierung;
10. das Feststellen des Einkommens der Erziehungsberechtigten von Kindern, die durch Dienstleister betreut werden oder für die bei Dienstleistern eine Betreuung beantragt wird, und des Einkommens der Personen, die demselben Haushalt wie diese Erziehungsberechtigten angehören;
11. das Angebot einer pädagogischen Beratung für die Dienstleister;
12. die Förderung der Inklusion in der Kinderbetreuung;
13. die Förderung der frühkindlichen Entwicklung in der Kinderbetreuung.

Das Zentrum nimmt folgende Aufgaben als Dienstleister wahr:

1. die Kinderbetreuung in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung;
2. das Durchführen von innovativen Pilotprojekten im Bereich der Kinderbetreuung;
3. das Sichern des Qualitäts- und Beschwerdemanagements der eigenen Dienstleistungen;
4. die Vergabe der Betreuungsplätze an die Erziehungsberechtigten in den Betreuungsangeboten des Zentrums.

Zur Erfüllung des Auftrags arbeitet das Zentrum mit allen im Bereich der Kinderbetreuung tätigen Partnern eng zusammen.

Die Regierung kann das Zentrum damit beauftragen, zusätzliche Aufträge auszuführen, insofern diese den im vorliegenden Dekret definierten Aufgabenbereich des Zentrums betreffen.

Art. 7 - Durchführung der Aufgaben

Die Regierung kann weitere Rahmenbedingungen, einschließlich eventueller Verfahrensbestimmungen, für die Durchführung der im vorliegenden Kapitel erwähnten Aufgaben festlegen.

*KAPITEL 4 - Verwaltung des Zentrums**Abschnitt 1 - Verwaltungsrat***Art. 8 - Zusammensetzung**

Der Verwaltungsrat des Zentrums setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. zwei Vertretern der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
2. zwei Vertretern der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. drei Vertretern der Krankenkassen;
4. vier Vertretern der Zivilgesellschaft;
5. einem Vertreter der Gemeinden;
6. einem Vertreter des in Artikel 14 erwähnten Beirats.

Dem Verwaltungsrat gehören mit beratender Stimme an:

1. die in Artikel 88 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Regierungskommissare;
2. ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. der geschäftsführende Direktor des Zentrums, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung.

Der Verwaltungsrat kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu seinen Sitzungen hinzuziehen.

Art. 9 - Bestellung der Mitglieder

Die Regierung bestellt:

1. die in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen;
2. die in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz im deutschen Sprachgebiet;
3. die in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Krankenkassen;
4. die in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 4 und Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Mitglieder;
5. das in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Mitglied auf Vorschlag der Gemeinden;
6. das in Artikel 8 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte Mitglied auf Vorschlag des Beirats;
7. unter den Mitgliedern den Vorsitzenden des Verwaltungsrats auf Vorschlag des Verwaltungsrats.

Von den in Artikel 8 Absatz 1 angeführten Mitgliedern dürfen nicht mehr als zwei Drittel gleichen Geschlechts sein.

Die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrats ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenkammer, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalparlaments oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Verwaltungsrats nicht Provinzgouverneur oder Personalmitglied des Zentrums sein, unbeschadet des Artikels 8 Absatz 2 Nummer 3.

Art. 10 - Mandatsdauer

Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden. Ein Mitglied kann nicht für zwei aufeinanderfolgende Mandate als Vertreter des Beirats bestellt werden.

Das Mandat der Mitglieder des Verwaltungsrats endet mit dem Ableben, dem freiwilligen Rücktritt, dem Entzug der bürgerlichen oder politischen Rechte, dem Verlust des Mandats der vorschlagsberechtigten Vereinigungen, Einrichtungen oder Dienste bzw. entsprechender Gruppierungen oder wenn eine der in Artikel 9 Absatz 3 vorgesehenen Unvereinbarkeiten eintritt.

Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandats aus dem Verwaltungsrat ausscheidet, wird ersetzt. Das neue Mitglied beendet das Mandat seines Vorgängers.

Art. 11 - Beschlussfassung

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender odervertretener stimmberechtigter Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 12 - Aufgaben

Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung des Zentrums erforderlich sind. Er sorgt für das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements.

Er kann dem geschäftsführenden Direktor oder anderen Personalmitgliedern des Zentrums in seiner Geschäftsordnung Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Die Regierung holt zu jedem Dekretentwurf, der dieses Dekret abändert, das Gutachten des Verwaltungsrats ein. Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von 60 Tagen nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

Art. 13 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Abschnitt 2 - Beirat für Kinderbetreuung und Mitwirkungsgremien

Art. 14 - Schaffung eines Beirats für Kinderbetreuung

Es wird ein Beirat für Kinderbetreuung geschaffen.

Art. 15 - Zusammensetzung des Beirats

§ 1 - Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein Vertreter des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
2. ein Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. ein Vertreter des Zentrums für Förderpädagogik;
4. ein Vertreter der Dienstleister, mit Ausnahme des Zentrums;
5. ein Vertreter der konventionierten Tagesmütter/-väter;
6. ein Vertreter der in der Kinderbetreuung tätigen Personen des Zentrums, mit Ausnahme der konventionierten Tagesmütter/-väter;
7. ein Vertreter der Eltern der im deutschen Sprachgebiet betreuten Kinder.

Dem Beirat gehören mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Zentrums;
2. ein Vertreter der Regierung.

Das Zentrum sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Beirats.

§ 2 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Vorsitzenden.

§ 3 - Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Beirat vertretenen Einrichtungen bestellt.

§ 4 - Die Mitglieder des Beirats werden für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Ihr Mandat kann erneuert werden.

Ungeachtet eines freiwilligen Rücktritts kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds auf Antrag der betreffenden Einrichtung vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden.

Bei Ausscheiden eines Mitglieds beendet das Ersatzmitglied das Mandat des ausscheidenden Mitglieds.

§ 5 - Der Beirat kann punktuell Experten mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Beirats hinzuziehen.

Art. 16 - Aufgaben des Beirats

Der Beirat hat folgende Aufgaben:

1. unbeschadet der Zuständigkeit anderer durch die Regierung eingesetzter Gremien, aus eigener Initiative oder auf Antrag des Verwaltungsrats, die Abgabe von Gutachten oder Empfehlungen in Bezug auf die Angelegenheiten, die durch vorliegendes Dekret geregelt werden;

2. auf Antrag des Verwaltungsrats die Begutachtung von allen Angelegenheiten, die sich auf die Befugnisse zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung des Anwendungsbereichs des Dekrets und seiner Ausführungserlasse beziehen.

Art. 17 - Funktionsweise des Beirats

Die in Artikel 13 erwähnte Geschäftsordnung des Verwaltungsrats regelt die Funktionsweise des Beirats. Die Geschäftsordnung regelt insbesondere die Einberufung der Sitzungen des Beirats.

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der bestellten Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ungeachtet der Anzahl anwesender oder vertretenen Mitglieder kann er gültige Beschlüsse zu Punkten fassen, die zum zweiten Mal zur Tagesordnung stehen.

Die Beschlüsse des Beirats werden mit absoluter Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 18 - Entschädigungen

Die Mitglieder des Beirats erhalten kein Sitzungsgeld. Sie haben Anrecht auf Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

Art. 19 - Schaffung von Mitwirkungsgremien

Der Verwaltungsrat kann Mitwirkungsgremien schaffen, die ihn in seinen Aufgaben beraten und begleiten.

Der Verwaltungsrat legt die Zusammensetzung und die Aufgaben der Mitwirkungsgremien fest, wobei die dekretal festgelegten Befugnisse des Verwaltungsrats und des Beirats nicht eingeschränkt werden dürfen.

Abschnitt 3 - Geschäftsführender Direktor und Personal

Art. 20 - Ernennung

Die Regierung ernennt den geschäftsführenden Direktor des Zentrums und legt sein Statut fest.

Art. 21 - Aufgaben

Der geschäftsführende Direktor führt die Beschlüsse des Verwaltungsrats aus. Er leitet das Personal und sorgt im Rahmen der ihm durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats erteilten Vollmachten für die tägliche Verwaltung des Zentrums.

Der geschäftsführende Direktor bereitet die Versammlungen des Verwaltungsrats vor, erteilt diesem alle Auskünfte und unterbreitet ihm alle Vorschläge, die für das Funktionieren des Zentrums von Nutzen sind.

Der geschäftsführende Direktor vertritt das Zentrum in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Mit dem Einverständnis des Verwaltungsrats kann er einem oder mehreren Personalmitgliedern Teile seiner Befugnisse übertragen.

Bei begründeter Dringlichkeit und innerhalb der durch die Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegten Grenzen übt der geschäftsführende Direktor die Befugnisse des Verwaltungsrats aus. Er erstattet dem Verwaltungsrat bei dessen nächstfolgender Sitzung darüber Bericht.

Art. 22 - Pension

Die Beamten des Zentrums, einschließlich des geschäftsführenden Direktors, unterliegen dem Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten.

KAPITEL 5 - Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 23 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind das Zentrum sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut wurden, vertraulich zu behandeln.

Art. 24 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Zentrum ist für die Verarbeitung der in Artikel 25 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Es gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Das Zentrum darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als der Ausführung seiner gesetzlichen und dekretalen Aufträge im Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 25 - Datenkategorien

§ 1 - Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Zweck der Organisation von Fort- und Weiterbildungen in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 8 erwähnten Zweck der Beratung und Begleitung der selbstständigen Tagesmütter/-väter und Co-Tagesmütter/-väter vor Aufnahme ihrer Betreuungstätigkeit in Bezug auf diese selbstständigen Tagesmütter/-väter und selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zur Haushaltszusammensetzung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 9 erwähnten Zweck des Erstellens von Stellungnahmen in Bezug auf die Anerkennungen bzw. in Bezug auf die Aufrechterhaltung, die Verlängerung, die Abänderung, die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennungen von selbstständigen Tagesmüttern/-vätern und Co-Tagesmüttern/-vätern durch die Regierung verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - d) Daten zur Gesundheit;
 - e) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - f) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - d) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - e) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
3. in Bezug auf die selbstständigen Tagesmütter/-väter und Co-Tagesmütter/-väter sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;
 - d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
 - e) Daten zu vorherigen oder sonstigen beruflichen und außerberuflichen Tätigkeiten;
 - f) Daten zur Gesundheit;
 - g) Daten in Bezug auf politische Meinungen sowie religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren sind;
 - h) gerichtliche Daten;
 - i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
4. in Bezug auf alle volljährigen Personen, die regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, sowie, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung dieser Personen stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören:
 - a) Daten zur Identität;
 - b) Daten zur Gesundheit;
 - c) gerichtliche Daten.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 10 erwähnten Zweck des Feststellens der Einkommen der Erziehungsberechtigten verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - d) Daten zur Gesundheit;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation.

Das Zentrum kann gemäß Artikel 24 folgende Kategorien personenbezogener Daten zu dem in Artikel 6 Absatz 1 Nummer 11 erwähnten Zweck der pädagogischen Beratung der Dienstleister in Bezug auf die Personalmitglieder des Zentrums und die in der Kinderbetreuung tätigen Personen verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung.

§ 2 - Die im Rahmen der in Artikel 6 Absatz 2 erwähnten Aufgaben verarbeiteten personenbezogenen Daten werden gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung verarbeitet.

§ 3 - Die Regierung kann die in § 1 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.

Art. 26 - Dauer der Datenverarbeitung

Die gemäß Artikel 24 verarbeiteten Daten dürfen höchstens zwei Jahre nach dem Ende der Tätigkeit der in Artikel 25 § 1 erwähnten Personen in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 27 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 6 - Finanzielle Bestimmungen

Art. 28 - Finanzmittel des Zentrums

§ 1 - Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verfügt das Zentrum über die zu diesem Zweck im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel. Das Zentrum darf Schenkungen und Legate annehmen und jede andere Einnahme erhalten.

Die im vorliegenden Dekret aufgeführten Leistungen des Zentrums werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erbracht.

§ 2 - Die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zahlen eine jährliche Beteiligung in einer Gesamthöhe von 400.000 Euro an das Zentrum. Die Verteilung dieses Betrags unter den Gemeinden wird in einem Vertrag zwischen der Regierung, dem Zentrum und den Gemeinden festgelegt.

Der in Absatz 1 erwähnte Betrag wird jährlich der Wachstumsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betroffenen Haushaltsjahrs angepasst.

§ 3 - In Abweichung von Artikel 12 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung kann das Zentrum im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel keine Zuschüsse im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung erhalten.

Art. 29 - Entschädigungen

Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen fest, die den Mitgliedern des Verwaltungsrats sowie den Experten gewährt werden.

Art. 30 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Das Zentrum kann die in Anwendung des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung einzufordernden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreiben.

Art. 31 - Inventar der Immobilien

Der Verwaltungsrat stellt ein Inventar aller Immobilien des Zentrums mit Vermerk über deren Herkunft und Bestimmung auf. Er übermittelt dieses Inventar der Regierung.

Die Regierung legt die Modalitäten bezüglich der Aufstellung dieses Inventars fest.

Das Inventar wird vom Verwaltungsrat laufend aktualisiert. Jede Änderung oder Anpassung wird jährlich zusammen mit dem Haushaltsvorschlag dem Regierungskommissar mitgeteilt, der diese Unterlagen an die Regierung weiterleitet.

KAPITEL 7 - Schlussbestimmungen

Art. 32 - Abänderungsbestimmung

Artikel 353bis/12 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, eingefügt durch das Gesetz vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 33 - Abänderungsbestimmung

Artikel 87 § 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Dekrete vom 31. März 2014 und vom 13. Dezember 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

„7. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.“

Art. 34 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird wie folgt ersetzt:

"2. Kinderbetreuung: die regelmäßige Betreuung von Kindern in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten, mit Ausnahme der Aktivitäten, deren Hauptzweck Bildung oder Unterricht, Jugend, Jugendhilfe, Kultur, Tourismus oder Sport ist;"

Art. 35 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 6 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 gilt das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung von Rechts wegen als anerkannt."

Art. 36 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets wird der erste Satz wie folgt ersetzt:

"alle volljährigen Personen, die regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, weisen für sich selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören, einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der belegt, dass diese Personen keinen Eintrag im Strafregister haben, der ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt."

Art. 37 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 10.1 eingefügt:

"Art. 10.1 - Schließung im Dringlichkeitsverfahren

Die Regierung kann eine Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig für eine unbefristete Dauer schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;
2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwere Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Die Regierung legt das Verfahren zur Schließung einer Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit und die Auswirkungen auf die Anerkennung des Dienstleisters fest."

Art. 38 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 12 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird zwischen das Wort "Dienstleistern" und das Wort "Priorisierungskriterien" die Wortfolge "und dem Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung" eingefügt.

Art. 39 - Abänderungsbestimmung

Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 15 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung, die Dienstleister sowie die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung gelten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung:

1. die Regierung für die Erfüllung der in Kapitel 2 und in den Artikeln 12, 16 und 16.5 erwähnten Aufgaben;
2. die Dienstleister für die Erfüllung der in Kapitel 2 und in den Artikeln 12 und 16 erwähnten Aufgaben;
3. die Inspektoren und externen Sachverständigen für die Erfüllung der in Artikel 17 erwähnten Aufgaben.

Die Regierung, die Dienstleister, die Inspektoren und die externen Sachverständigen dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz."

Art. 40 - Abänderungsbestimmung

In Kapitel 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 15.1 eingefügt:

"Art. 15.1 - Datenkategorien

Die Regierung kann gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Erteilung, Aussetzung und des Entzugs von Anerkennungen gemäß Kapitel 2, der Kontrolle der Zuschussbedingungen gemäß Artikel 12, des Beschwerdemanagements gemäß Artikel 16 und der Gewährung der in Artikel 16.5 erwähnten Bescheinigung zur Steuerermäßigung verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) die Nationalregisternummer;
 - c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - d) Daten zur Gesundheit;
 - e) Daten zur sozialen Situation;
 - f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
- e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Nummer 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben;

4. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverfahren befinden:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;
- d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
- e) Daten zu vorherigen oder sonstigen beruflichen und außerberuflichen Tätigkeiten;
- f) Daten zur Gesundheit;
- g) Daten in Bezug auf politische Meinungen sowie religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren sind;
- h) gerichtliche Daten;
- i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

5. in Bezug auf Personalmitglieder der Dienstleister, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
- c) Daten zum Arbeitsverhältnis;

6. in Bezug auf alle volljährigen Personen, die regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, sowie, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung dieser Personen stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören:

- a) Daten zur Identität;
- b) Daten zur Gesundheit;
- c) gerichtliche Daten.

Die Dienstleister können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Organisation und der Verwaltung des Angebots einer Kinderbetreuung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur Gesundheit;
- e) Daten zur sozialen Situation;
- f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
- e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Absatz 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben.

Die Dienstleister können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Überprüfung der Einhaltung der Bedingungen zum Erhalt oder der Aufrechterhaltung der gemäß Kapitel 2 beantragten Anerkennung und zur Kontrolle der Zuschussbedingungen verarbeiten:

1. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverfahren befinden:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;
- d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
- e) Daten in Bezug vorherige und sonstige berufliche und außerberufliche Tätigkeiten;
- f) Daten zur Gesundheit;
- g) Daten in Bezug auf politische Meinungen sowie auf religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren sind;

- h) gerichtliche Daten;
- i) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- j) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- k) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

2. in Bezug auf Personalmitglieder, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
- c) Daten zum Arbeitsverhältnis;

3. in Bezug alle volljährigen Personen, die regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden sowie, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung dieser Personen stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören:

- a) Daten zur Identität;
- b) Daten zur Gesundheit;
- c) gerichtliche Daten.

Die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können gemäß Artikel 15 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der gemäß Artikel 17 durchgeführten Begleitung, Beratung und Kontrolle verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder oder Kinder, für die eine Betreuung beantragt wird:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur Gesundheit;
- e) Daten zur sozialen Situation;
- f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

2. in Bezug auf die Erziehungsberechtigten der in Nummer 1 erwähnten Kinder und Personen, die demselben Haushalt wie diese angehören:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
- e) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- f) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf Dritte, die nicht demselben Haushalt wie die in Absatz 1 erwähnten Kinder angehören, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderbetreuung erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben.

4. in Bezug auf Personalmitglieder der Dienstleister, die keine in der Kinderbetreuung tätigen Personen sind:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben
- b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;

5. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls Personen, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben oder sich in einem Einstellungsverfahren befinden:

- a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
- b) die Nationalregisternummer;
- c) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
- d) Daten zum Arbeitsverhältnis;
- e) Daten zur Gesundheit der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
- f) Daten in Bezug auf politische Meinungen sowie auf religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen der in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren sind;
- g) gerichtliche Daten der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
- h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- j) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
- k) Daten zum Wohnort, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet;

6. in Bezug auf alle volljährigen Personen, die regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden sowie, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung dieser Personen stattfindet, für alle volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören:

- a) Daten zur Identität;
- b) Daten zur Gesundheit;
- c) gerichtliche Daten.

Die Regierung kann die in den Absätzen 1 bis 4 aufgeführten Datenkategorien präzisieren."

Art. 41 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.2 eingefügt:

"Art. 15.2 - Dauer der Datenverarbeitung

Die gemäß Artikel 15.1 verarbeiteten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren nach Beendigung der Kinderbetreuung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet."

Art. 42 - Abänderungsbestimmung

In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.3 eingefügt:

"Art. 15.3 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest."

Art. 43 - Abänderungsbestimmung

Artikel 16.2 § 2 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. ein Vertreter des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung."

Art. 44 - Abänderungsbestimmung

Artikel 28/13 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 24. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 45 - Übergangsbestimmung

§ 1 - Die Personalmitglieder der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets in einem Beschäftigungsverhältnis mit dieser befinden, werden auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt.

In Abweichung von Absatz 1 werden die konventionierten Tagesmütter/-väter, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets auf Grundlage des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung zugelassen sind, auf Grundlage eines entsprechenden Angebots des Zentrums entweder bei dem Zentrum unter Vertrag eingestellt oder arbeiten im Auftrag des Zentrums als konventionierte Tagesmütter/-väter.

§ 2 - Unbeschadet der aufgrund von Artikel 102 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Regierung festgelegten dienstrechtlichen Bestimmungen behalten die in § 1 Absatz 1 erwähnten Personalmitglieder in diesem Fall mindestens das Besoldungspaket, das sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets hatten.

Art. 46 - Übergangsbestimmung

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekrets gemäß den Artikeln 7 und 8 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung anerkannten Kinderkrippen, Standorte der außerschulischen Betreuung und Tagesmütterdienste der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung gelten unbeschadet der Bestimmungen dieses Dekrets und seiner Ausführungserlasse weiterhin als anerkannt.

Art. 47 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt an einem von der Regierung festzulegenden Datum in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 1 bis 5, 8 bis 27, 33, 36 und 45, die am 1. Juni 2023 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 22. Mai 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2022-2023

Nummerierte Dokumente:

269 (2022-2023) Nr. 1 - Dekretentwurf

269 (2022-2023) Nr. 2 - Abänderungsvorschlag

269 (2022-2023) Nr. 3 - Bericht

269 (2022-2023) Nr. 4 - Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 22. Mai 2023 - Nr. 58 - Diskussion und Abstimmung

—

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2023/205455]

22 MAI 2023. — Décret portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Champ d'application

Le présent décret s'applique au Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3. Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° Conseil consultatif : le Conseil consultatif pour l'accueil d'enfants mentionné à l'article 14 du présent décret;

2° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

3° prestataire : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3°, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, la personne physique ou morale ou l'association de fait qui propose un accueil d'enfants à titre de profession principale ou accessoire ou à titre bénévole;

4° personne active dans l'accueil d'enfants : conformément à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, la personne physique qui est active en tant que prestataire ou pour le compte d'un prestataire et accueille elle-même des enfants ou entre directement et régulièrement en contact avec des enfants gardés;

5° accueillant conventionné : la personne active dans l'accueil d'enfants qui, pour le compte d'un service d'accueillants d'enfants, sans être engagée par lui dans les liens d'un contrat de travail ni soumise à une relation de service statutaire, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou propose, le cas échéant, un accueil extrascolaire;

6° accueillant autonome : le prestataire ou la personne active dans l'accueil d'enfants qui, de manière autonome et dans les liens d'un contrat de garde, accueille prioritairement des jeunes enfants qui ne sont pas les siens et/ou propose, le cas échéant, un accueil extrascolaire;

7° co-accueillants autonomes : une association de fait regroupant au plus trois accueillants autonomes déjà agréés, en un seul lieu, en vue d'un accueil d'enfants commun;

8° Centre : le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants.

CHAPITRE 2. — *Création du Centre***Art. 4.** Création

Il est créé un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants.

Le Centre possède la personnalité juridique d'un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Il est soumis aux dispositions de ce décret.

Le siège du Centre est situé en région de langue allemande.

CHAPITRE 3. — *Missions du Centre***Art. 5.** Principe de la diversité

Dans le cadre du présent décret, le Centre veille à ce qu'un accueil d'enfants et un développement de la petite enfance de haute qualité et fondés sur des normes scientifiques, ainsi que la pluralité et la diversité dans l'accueil d'enfants constituent le fondement de l'exercice de ses missions.

Art. 6. Missions

Le Centre assure les missions générales suivantes :

- 1° informer de manière générale la population sur les mesures et les offres en matière d'accueil d'enfants;
- 2° mener un travail de sensibilisation et de relations publiques en matière d'accueil d'enfants;
- 3° de sa propre initiative ou à la demande du Parlement ou du Gouvernement, élaborer des analyses des besoins et des recommandations qui en découlent en vue d'adapter l'offre;
- 4° promouvoir et encadrer l'échange d'informations et le travail en réseau entre les prestataires;
- 5° mener ou mandater des études et des enquêtes dans le domaine de l'accueil d'enfants;
- 6° organiser les formations continues des personnes actives dans l'accueil d'enfants;
- 7° sur ordre du Gouvernement, assurer la représentation de la Communauté germanophone au sein d'organes belges, européens ou internationaux et conclure des conventions de coopération avec les autorités et les organismes en Belgique et à l'étranger;
- 8° accompagner et conseiller les accueillants autonomes et les co-accueillants autonomes, en particulier avant le lancement de leur activité d'accueil, en ce qui concerne l'aménagement des locaux d'accueil conformément aux prescriptions légales, l'élaboration de leur concept d'accueil pédagogique ainsi que les conditions-cadres juridiques et fiscales;
- 9° rendre des avis portant sur les agréments ou, selon le cas, sur le maintien, la prolongation, la modification, la suspension ou le retrait des agréments des accueillants autonomes et co-accueillants autonomes par le Gouvernement;
- 10° déterminer le revenu des personnes chargées de l'éducation des enfants qui sont gardés par des prestataires ou pour lesquels une garde est demandée auprès de prestataires, ainsi que le revenu des personnes qui font partie du même ménage que ces personnes chargées de l'éducation;
- 11° offrir des conseils d'ordre pédagogique aux prestataires;
- 12° promouvoir l'inclusion dans l'accueil d'enfants;
- 13° encourager le développement de la petite enfance dans l'accueil d'enfants.

Le Centre assure en tant que prestataire les missions suivantes :

- 1° accueillir des enfants en application du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants;
- 2° réaliser des projets pilotes novateurs dans le domaine de l'accueil d'enfants;
- 3° assurer la gestion de la qualité et des réclamations concernant ses propres prestations;
- 4° attribuer les places d'accueil aux personnes chargées de l'éducation dans le cadre des offres d'accueil du Centre.

Pour remplir sa mission, le Centre travaille en étroite coopération avec tous les partenaires actifs dans l'accueil d'enfants.

Le Gouvernement peut charger le Centre d'exercer des missions complémentaires, pour autant que celles-ci concernent le champ des missions du Centre défini dans le présent décret.

Art. 7. Mise en œuvre des missions

Le Gouvernement peut fixer d'autres conditions-cadres, y compris d'éventuelles dispositions procédurales, pour l'exécution des missions mentionnées dans le présent chapitre.

CHAPITRE 4. — *Gestion du Centre**Section 1^{re}.* — Conseil d'administration**Art. 8.** Composition

Le conseil d'administration du Centre se compose des membres suivants, ayant voix délibérative :

- 1° deux représentants des organisations représentatives des travailleurs;
- 2° deux représentants des organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en région de langue allemande;
- 3° trois représentants des mutualités;
- 4° quatre représentants de la société civile;
- 5° un représentant des communes;
- 6° un représentant du Conseil consultatif mentionné à l'article 14.

Ont voix consultative au conseil d'administration :

- 1° les commissaires du Gouvernement mentionnés à l'article 88 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;
- 2° un représentant du Ministère de la Communauté germanophone;
- 3° le directeur délégué du Centre, à moins que le conseil d'administration ne prenne, pour une séance déterminée, une décision contraire.

De manière ponctuelle, le conseil d'administration peut inviter à ses séances des experts ayant voix consultative.

Art. 9. Désignation des membres

Le Gouvernement désigne :

- 1° les membres mentionnés à l'article 8, alinéa 1^{er}, 1°, sur la proposition des organisations représentatives des travailleurs;
- 2° les membres mentionnés à l'article 8, alinéa 1^{er}, 2°, sur la proposition des organisations interprofessionnelles des employeurs ayant leur siège en région de langue allemande;
- 3° les membres mentionnés à l'article 8, alinéa 1^{er}, 3°, sur la proposition des mutualités;
- 4° les membres mentionnés à l'article 8, alinéa 1^{er}, 4°, et alinéa 2, 2°;
- 5° le membre mentionné à l'article 8, alinéa 1^{er}, 5°, sur la proposition des communes;
- 6° le membre mentionné à l'article 8, alinéa 1^{er}, 6°, sur la proposition du Conseil consultatif;
- 7° parmi les membres du conseil d'administration et sur la proposition de ce dernier, le président du conseil d'administration.

Pas plus de deux tiers des membres mentionnés à l'article 8, alinéa 1^{er}, ne peuvent être du même sexe.

La qualité de membre du conseil d'administration est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des représentants, du Sénat, d'un parlement communautaire ou régional ou d'un gouvernement. En outre, un membre du conseil d'administration ne peut être ni gouverneur de province, ni membre du personnel du Centre, sans préjudice de l'article 8, alinéa 2, 3°.

Art. 10. Durée du mandat

Les membres du conseil d'administration sont désignés pour cinq ans. Leur mandat peut être renouvelé. Un membre ne peut pas être désigné représentant du Conseil consultatif pour deux mandats successifs.

Le mandat des membres du conseil d'administration prend fin en cas de décès, de démission volontaire, de déchéance des droits civils ou politiques, de la perte du mandat des associations, des organismes ou des services, voire des groupements correspondants, habilités à présenter des candidats ou si l'une des incompatibilités visées à l'article 9, alinéa 3, est constatée.

Il est pourvu au remplacement de tout membre qui a cessé de faire partie du conseil d'administration avant l'expiration de son mandat. Le nouveau membre achève le mandat de son prédécesseur.

Art. 11. Prise de décision

Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents ou représentés. Quel que soit le nombre de membres avec voix délibérative présents ou représentés, il peut prendre des décisions valables sur les points inscrits pour la deuxième fois à l'ordre du jour.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité absolue des suffrages exprimés. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante.

Art. 12. Missions

Le conseil d'administration dispose de toutes les compétences nécessaires à l'orientation stratégique et en matière de contenu du Centre, ainsi qu'à l'organisation et à la gestion de celui-ci. Il veille à ce qu'existe une gestion des réclamations.

Dans son règlement d'ordre intérieur, il peut déléguer des pouvoirs décisionnels au directeur délégué ou à d'autres membres du personnel du Centre.

Le Gouvernement demande l'avis du conseil d'administration en ce qui concerne tout projet de décret modifiant le présent décret. Le conseil d'administration a l'obligation de donner son avis dans les soixante jours suivant l'introduction de la demande, sauf si un autre délai a été convenu.

Art. 13. Règlement d'ordre intérieur

Le conseil d'administration se dote d'un règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Section 2. — Conseil consultatif pour l'accueil d'enfants et organes de concertation

Art. 14. Création d'un Conseil consultatif pour l'accueil d'enfants

Un Conseil consultatif pour l'accueil d'enfants est créé.

Art. 15. Composition du Conseil consultatif

§ 1^{er} - Sont membres du Conseil consultatif avec voix délibérative :

- 1° un représentant du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;
- 2° un représentant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;
- 3° un représentant du centre de pédagogie de soutien;
- 4° un représentant des prestataires, à l'exception du Centre;
- 5° un représentant des accueillants conventionnés;
- 6° un représentant des personnes du Centre actives dans l'accueil d'enfants, à l'exception des accueillants conventionnés;
- 7° un représentant des parents des enfants gardés en région de langue allemande.

Ont voix consultative au Conseil consultatif :

1° un représentant du Centre;

2° un représentant du Gouvernement.

Le Centre assure la rédaction des procès-verbaux relatifs aux séances du Conseil consultatif.

§ 2 - Parmi ses membres ayant voix délibérative, le Conseil consultatif élit un président pour la durée du mandat.

§ 3 - Le Gouvernement désigne les membres effectifs du Conseil consultatif et un suppléant pour chacun d'eux.

Les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 3°, sont désignés sur la proposition des organismes respectifs représentés au sein du Conseil consultatif.

§ 4 - Les membres du Conseil consultatif sont désignés pour cinq ans. Leur mandat peut être renouvelé.

Nonobstant une démission volontaire, le Gouvernement peut mettre fin anticipativement au mandat d'un membre à la demande de l'organisme concerné.

Lors de la démission d'un membre effectif, son mandat est achevé par le membre suppléant.

§ 5 - De manière ponctuelle, le Conseil consultatif peut inviter à ses séances des experts ayant voix consultative.

Art. 16. Missions du Conseil consultatif

Le Conseil consultatif remplit les missions suivantes :

1° sans préjudice de la compétence d'autres organes institués par le Gouvernement, la remise d'avis ou de recommandations à propos de matières réglées par le présent décret, et ce, à la demande du conseil d'administration ou de sa propre initiative;

2° à la demande du conseil d'administration, l'examen de toutes les matières en lien avec les compétences concernant l'orientation stratégique et relative au contenu du champ d'application du décret et de ses arrêtés d'exécution.

Art. 17. Fonctionnement du Conseil consultatif

Le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration, mentionné à l'article 13, règle le fonctionnement du Conseil consultatif. Le règlement d'ordre intérieur règle notamment la convocation des séances du Conseil consultatif.

Le Conseil consultatif ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres désignés sont présents ou représentés. Quel que soit le nombre de membres présents ou représentés, il peut prendre des décisions valables sur les points inscrits pour la deuxième fois à l'ordre du jour.

Les décisions du Conseil consultatif sont prises à la majorité absolue des suffrages exprimés. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante.

Art. 18. Indemnités

Les membres du Conseil consultatif ne perçoivent aucun jeton de présence. Ils ont droit à des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

Art. 19. Création d'organes de concertation

Le conseil d'administration peut créer des organes de concertation qui le conseillent et l'accompagnent dans le cadre de ses missions.

Le conseil d'administration détermine la composition et les missions des organes de concertation, sans pour autant limiter les pouvoirs du conseil d'administration et du Conseil consultatif établis par décret.

Section 3. — Directeur délégué et personnel

Art. 20. Nomination

Le Gouvernement nomme le directeur délégué du Centre et fixe son statut.

Art. 21. Missions

Le directeur délégué exécute les décisions du conseil d'administration. Il dirige le personnel et veille à la gestion quotidienne du Centre dans le cadre des pouvoirs qui lui sont attribués par le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration.

Le directeur délégué prépare les réunions du conseil d'administration, lui fournit toutes les informations et lui soumet toutes les propositions utiles au fonctionnement du Centre.

Le directeur délégué représente le Centre dans les actes judiciaires et extrajudiciaires. Il peut, avec l'accord du conseil d'administration, déléguer une partie de ses pouvoirs à un ou plusieurs membres du personnel.

En cas d'urgence motivée et dans les limites fixées par le règlement d'ordre intérieur du conseil d'administration, le directeur délégué exerce les pouvoirs de celui-ci. Il rédige un rapport qu'il remet au conseil d'administration lors de la séance suivante.

Art. 22. Retraite

Les agents du Centre, y compris le directeur délégué, sont soumis à la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs ayants droit.

CHAPITRE 5. — Confidentialité et protection des données

Art. 23. Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Centre et toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur ont été confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 24. Traitement des données à caractère personnel

Le Centre est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 25. Le Centre est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Le Centre ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de ses missions légales et décrétales en lien avec le présent décret.

La collecte et le traitement des données à caractère personnel s'opèrent dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données.

Art. 25. Catégories de données

§ 1^{er} - Le Centre peut traiter, conformément à l'article 24, aux fins de l'objectif mentionné à l'article 6, alinéa 1^{er}, 6^o, qui est d'organiser les formations continues, les données à caractère personnel des catégories ci-après en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants :

- 1^o les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2^o les données relatives au diplôme et à la formation.

Le Centre peut traiter, conformément à l'article 24, aux fins de l'objectif mentionné à l'article 6, alinéa 1^{er}, 8^o, qui est de conseiller et d'accompagner les accueillants autonomes et les co-accueillants autonomes avant le lancement de leur activité d'accueil, les données à caractère personnel des catégories ci-après en ce qui concerne ces accueillants autonomes et co-accueillants autonomes :

- 1^o les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2^o les données relatives à la composition du ménage;
- 3^o les données relatives à la relation de travail.

Le Centre peut traiter, conformément à l'article 24, aux fins de l'objectif mentionné à l'article 6, alinéa 1^{er}, 9^o, qui est de rendre des avis portant sur les agrégations ou, selon le cas, sur le maintien, la prolongation, la modification, la suspension ou le retrait des agrégations des accueillants autonomes et co-accueillants autonomes par le Gouvernement, les données à caractère personnel des catégories ci-après :

- 1^o en ce qui concerne les enfants gardés ou les enfants qui font l'objet d'une demande de garde :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
 - b) le numéro de registre national;
 - c) les données relatives à la composition du ménage;
 - d) les données relatives à la santé;
 - e) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
 - f) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

2^o en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation des enfants mentionnés au 1^o et les personnes qui font partie du même ménage que celles-ci :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- e) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

3^o en ce qui concerne les accueillants autonomes et co-accueillants autonomes et, le cas échéant, les personnes qui ont demandé et/ou obtenu une agrégation :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage, si l'accueil des enfants a lieu dans l'habitation de la personne active dans l'accueil d'enfants;
- d) les données relatives à la relation de travail;
- e) les données relatives aux activités professionnelles et extraprofessionnelles antérieures ou autres;
- f) les données relatives à la santé;
- g) les données relatives aux opinions politiques et aux convictions religieuses ou philosophiques qui sont incompatibles avec l'accueil d'enfants;
- h) les données judiciaires;
- i) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- j) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- k) les données relatives au diplôme et à la formation;

4^o en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui seront régulièrement en contact avec les enfants gardés, et, si l'accueil d'enfants a lieu dans l'habitation de ces personnes, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données judiciaires.

Le Centre peut traiter, conformément à l'article 24, aux fins de l'objectif mentionné à l'article 6, alinéa 1^{er}, 10^o, qui est de déterminer le revenu des personnes chargées de l'éducation, les données à caractère personnel des catégories ci-après :

- 1^o en ce qui concerne les enfants gardés ou les enfants qui font l'objet d'une demande de garde :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la santé;

2° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation des enfants mentionnés au 1° et les personnes qui font partie du même ménage que celles-ci :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la situation sociale et financière.

Le Centre peut traiter, conformément à l'article 24, aux fins de l'objectif mentionné à l'article 6, alinéa 1^{er}, 11°, qui est de fournir des conseils d'ordre pédagogique aux prestataires, les données à caractère personnel des catégories ci-après en ce qui concerne les membres du personnel du Centre et les personnes actives dans l'accueil d'enfants :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact;
- 2° les données relatives au diplôme et à la formation.

§ 2 - Les données à caractère personnel traitées dans le cadre des missions mentionnées à l'article 6, alinéa 2, sont traitées conformément aux dispositions du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants.

§ 3 - Le Gouvernement peut préciser les catégories de données énumérées au § 1^{er}.

Art. 26. Durée du traitement des données

Les données traitées conformément à l'article 24 peuvent être conservées au maximum deux ans après que les personnes mentionnées à l'article 25, § 1^{er}, ont cessé leur activité, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 27. Mesures de sécurité

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre.

CHAPITRE 6. — Dispositions financières

Art. 28. Moyens financiers du Centre

§ 1^{er} - Pour mener à bien ses missions, le Centre dispose des crédits inscrits à cette fin au budget de la Communauté germanophone. Le Centre peut accepter des dons et legs et percevoir toute autre recette.

Les prestations du Centre mentionnées dans le présent décret sont fournies dans la limite des crédits budgétaires disponibles.

§ 2 - Les communes de la région de langue allemande versent au Centre une participation annuelle d'un montant total de 400 000 euros. La répartition de ce montant entre les communes est fixée dans un contrat conclu entre le Gouvernement, le Centre et les communes.

Le montant mentionné à l'alinéa 1^{er} est adapté chaque année au taux de croissance de l'indice moyen des prix à la consommation pour l'année budgétaire en question.

§ 3 - Par dérogation à l'article 12 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, le Centre ne peut obtenir, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, de subsides en lien avec l'accueil d'enfants.

Art. 29. Indemnités

Le Gouvernement fixe le montant des indemnités allouées aux membres du conseil d'administration ainsi qu'aux experts.

Art. 30. Recours à l'administration du Service public fédéral Finances chargée de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Le Centre peut recouvrer les montants à récupérer en application du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Art. 31. Inventaire des biens immeubles

Le conseil d'administration établit un inventaire de tous les biens immeubles du Centre, dans lequel il mentionne leur provenance et leur destination. Il transmet cet inventaire au Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives à l'établissement de cet inventaire.

L'inventaire est actualisé en permanence par le conseil d'administration. Toute modification ou adaptation est communiquée annuellement avec la proposition budgétaire au commissaire du Gouvernement, lequel transmet ces documents au Gouvernement.

CHAPITRE 7. — Dispositions finales

Art. 32. Disposition modificative

L'article 353bis/12 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, inséré par la loi du 24 avril 2014, est abrogé.

Art. 33. Disposition modificative

À l'article 87, § 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 31 mars 2014 et 13 décembre 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 6°, les mots « développent sain » sont remplacés par les mots « développement sain »;

2° le paragraphe est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

Art. 34. Disposition modificative

Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, le 2^o est remplacé par ce qui suit :

« 2^o accueil d'enfants : l'accueil régulier d'enfants dans des locaux déterminés se situant en dehors de l'habitation des personnes chargées de leur éducation, à l'exception des activités dont l'objectif principal est l'éducation ou l'enseignement, la jeunesse, l'aide à la jeunesse, la culture, le tourisme ou le sport; »

Art. 35. Disposition modificative

L'article 6 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants est réputé agréé de plein droit. »

Art. 36. Disposition modificative

Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, la première phrase est remplacée par la phrase suivante :

« toutes les personnes majeures qui seront régulièrement en contact avec les enfants gardés produisent pour elles-mêmes et, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage, un extrait de casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, lequel atteste que ces personnes n'ont aucune inscription au casier judiciaire qui leur interdit d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs. »

Art. 37. Disposition modificative

Dans le même décret, il est inséré un article 10.1 rédigé comme suit :

« Art. 10.1 - Fermeture d'urgence

Le Gouvernement peut fermer d'urgence un lieu d'accueil d'enfants à titre provisoire pour une durée indéterminée, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons ci-après :

1^o pour des raisons de santé publique;

2^o lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3^o lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le Gouvernement fixe la procédure de fermeture d'urgence d'un lieu d'accueil d'enfants et les conséquences sur l'agrément du prestataire. »

Art. 38. Disposition modificative

Dans l'article 12, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 12 décembre 2019, les mots « et le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants » sont insérés entre les mots « prestataires subsidiés » et « - fixer des critères de priorité ».

Art. 39. Disposition modificative

L'article 15 du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 15 - Traitement des données à caractère personnel

Le Gouvernement, les prestataires ainsi que les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 sont, au sens du règlement général sur la protection des données, respectivement responsables du traitement des données à caractère personnel mentionné dans le présent décret. Sont considérés comme responsables de ce traitement au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données :

1^o le Gouvernement, en ce qui concerne l'exécution des missions mentionnées au chapitre 2 et aux articles 12, 16 et 16.5;

2^o les prestataires, en ce qui concerne l'exécution des missions mentionnées au chapitre 2 et aux articles 12 et 16;

3^o les inspecteurs et experts externes, en ce qui concerne l'exécution des missions mentionnées à l'article 17.

Le Gouvernement, les prestataires, les inspecteurs et les experts externes ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales en lien avec le présent décret.

La collecte et le traitement des données à caractère personnel s'opèrent dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données. »

Art. 40. Disposition modificative

Dans le chapitre 4 du même décret, il est inséré un article 15.1 rédigé comme suit :

« Art. 15.1 - Catégories de données

Le Gouvernement peut traiter, conformément à l'article 15, aux fins de l'octroi, de la suspension et du retrait des agréments, conformément au chapitre 2, du contrôle des conditions de subventionnement, conformément à l'article 12, de la gestion des plaintes, conformément à l'article 16, et de la délivrance de l'attestation en vue de la réduction fiscale mentionnée à l'article 16.5, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1^o en ce qui concerne les enfants gardés ou les enfants qui font l'objet d'une demande de garde :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) le numéro de registre national;

c) les données relatives à la composition du ménage;

d) les données relatives à la santé;

e) les données relatives à la situation sociale;

f) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;

g) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;

h) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

i) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

2° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation des enfants mentionnés au 1° et les personnes qui font partie du même ménage que celles-ci :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la situation sociale et financière;
- e) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;
- f) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;
- g) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- h) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

3° en ce qui concerne les tiers qui ne font pas partie du même ménage que les enfants mentionnés au 1°, dans la mesure où cela est nécessaire pour organiser et garantir l'accueil d'enfants : les données relatives à l'identité et les données de contact;

4° en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants ainsi que, le cas échéant, les personnes ayant demandé et/ou obtenu une agrégation ou se trouvant dans une procédure d'engagement :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage, si l'accueil des enfants a lieu dans l'habitation de la personne active dans l'accueil d'enfants;
- d) les données relatives à la relation de travail;
- e) les données relatives aux activités professionnelles et extraprofessionnelles antérieures ou autres;
- f) les données relatives à la santé;
- g) les données relatives aux opinions politiques et aux convictions religieuses ou philosophiques qui sont incompatibles avec l'accueil d'enfants;
- h) les données judiciaires;
- i) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- j) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- k) les données relatives au diplôme et à la formation;

5° en ce qui concerne les membres du personnel des prestataires qui ne sont pas des personnes actives dans l'accueil d'enfants :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) les données relatives au diplôme et à la formation;
- c) les données relatives à la relation de travail;

6° en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui seront régulièrement en contact avec les enfants gardés, et, si l'accueil d'enfants a lieu dans l'habitation de ces personnes, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données judiciaires.

Les prestataires peuvent traiter, conformément à l'article 15, aux fins de l'organisation et de la gestion de l'offre d'accueil d'enfants conformément aux dispositions du présent décret, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° en ce qui concerne les enfants gardés ou les enfants qui font l'objet d'une demande de garde :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la santé;
- e) les données relatives à la situation sociale;
- f) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;
- g) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;
- h) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- i) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

2° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation des enfants mentionnés au 1° et les personnes qui font partie du même ménage que celles-ci :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la situation sociale et financière;
- e) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;

f) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;

g) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

h) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

3° en ce qui concerne les tiers qui ne font pas partie du même ménage que les enfants mentionnés à l'alinéa 1^{er}, dans la mesure où cela est nécessaire pour organiser et garantir l'accueil d'enfants : les données relatives à l'identité et les données de contact.

Les prestataires peuvent traiter, conformément à l'article 15, aux fins du contrôle du respect des conditions d'obtention ou de maintien de l'agrément demandée conformément au chapitre 2 et du contrôle des conditions de subventionnement, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants ainsi que, le cas échéant, les personnes ayant demandé et/ou obtenu une agrément ou se trouvant dans une procédure d'engagement :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) le numéro de registre national;

c) les données relatives à la composition du ménage, si l'accueil des enfants a lieu dans l'habitation de la personne active dans l'accueil d'enfants;

d) les données relatives à la relation de travail;

e) les données relatives aux activités professionnelles et extraprofessionnelles antérieures ou autres;

f) les données relatives à la santé;

g) les données relatives aux opinions politiques et aux convictions religieuses ou philosophiques qui sont incompatibles avec l'accueil d'enfants;

h) les données judiciaires;

i) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

j) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

k) les données relatives au diplôme et à la formation;

2° en ce qui concerne les membres du personnel qui ne sont pas des personnes actives dans l'accueil d'enfants :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) les données relatives au diplôme et à la formation;

c) les données relatives à la relation de travail;

3° en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui seront régulièrement en contact avec les enfants gardés et, si l'accueil d'enfants a lieu dans l'habitation de ces personnes, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage :

a) les données relatives à l'identité;

b) les données relatives à la santé;

c) les données judiciaires.

Les inspecteurs et experts externes désignés conformément à l'article 17 peuvent traiter, conformément à l'article 15, aux fins de l'encadrement, du conseil et du contrôle effectués conformément à l'article 17, les données à caractère personnel des catégories suivantes :

1° en ce qui concerne les enfants gardés ou les enfants qui font l'objet d'une demande de garde :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) le numéro de registre national;

c) les données relatives à la composition du ménage;

d) les données relatives à la santé;

e) les données relatives à la situation sociale;

f) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;

g) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;

h) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

i) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

2° en ce qui concerne les personnes chargées de l'éducation des enfants mentionnés au 1° et les personnes qui font partie du même ménage que celles-ci :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) le numéro de registre national;

c) les données relatives à la composition du ménage;

d) les données relatives à la situation sociale et financière;

e) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;

f) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;

g) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

h) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;

3° en ce qui concerne les tiers qui ne font pas partie du même ménage que les enfants mentionnés à l'alinéa 1^{er}, dans la mesure où cela est nécessaire pour organiser et garantir l'accueil d'enfants : les données relatives à l'identité et les données de contact;

4° en ce qui concerne les membres du personnel des prestataires qui ne sont pas des personnes actives dans l'accueil d'enfants :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) les données relatives au diplôme et à la formation;

5° en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants ainsi que, le cas échéant, les personnes ayant demandé et/ou obtenu une agrégation ou se trouvant dans une procédure d'engagement :

- a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
- b) le numéro de registre national;
- c) les données relatives à la composition du ménage;
- d) les données relatives à la relation de travail;
- e) les données relatives à la santé des personnes actives dans l'accueil d'enfants;
- f) les données relatives aux opinions politiques et aux convictions religieuses ou philosophiques des personnes actives dans l'accueil d'enfants, qui sont incompatibles avec l'accueil d'enfants;
- g) les données judiciaires relatives aux personnes actives dans l'accueil d'enfants;
- h) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- i) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- j) les données relatives au diplôme et à la formation;
- k) les données relatives au lieu de résidence, si l'accueil des enfants a lieu dans l'habitation de la personne active dans l'accueil d'enfants;

6° en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui seront régulièrement en contact avec les enfants gardés et, si l'accueil d'enfants a lieu dans l'habitation de ces personnes, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données judiciaires.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées aux alinéas 1^{er} à 4. »

Art. 41. Disposition modificative

Dans le même chapitre, il est inséré un article 15.2 rédigé comme suit :

« Art. 15.2 - Durée du traitement des données

Les données traitées conformément à l'article 15.1 peuvent être conservées au maximum dix ans après la cessation de l'accueil d'enfants, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 42. Disposition modificative

Dans le même chapitre, il est inséré un article 15.3 rédigé comme suit :

« Art. 15.3 - Mesures de sécurité

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre. »

Art. 43. Disposition modificative

À l'article 16.2, § 2, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 2 mars 2015, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° au 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;
- 2° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° un représentant du Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants. »

Art. 44. Disposition modificative

L'article 28/13 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, inséré par l'arrêté royal du 24 avril 2014, est abrogé.

Art. 45. Disposition transitoire

§ 1^{er} - Les membres du personnel de l'association sans but lucratif Centre régional pour l'accueil de la petite enfance qui, au moment de l'entrée en vigueur du décret, se trouvent dans une relation de travail avec cette association sont engagés sous contrat auprès du Centre sur la base d'une offre correspondante du Centre.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les accueillants conventionnés qui, au moment de l'entrée en vigueur du décret, sont agréés en vertu du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants sont, sur la base d'une offre correspondante du Centre, ou bien engagés sous contrat auprès du Centre ou bien travaillent pour le compte du Centre en tant qu'accueillants conventionnés.

§ 2 - Sans préjudice des dispositions statutaires fixées par le Gouvernement en vertu de l'article 102 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les membres du personnel mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, conservent en ce cas au moins la rémunération qu'ils avaient au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Art. 46. Disposition transitoire

Les crèches, lieux d'accueil extrascolaire et services d'accueillants d'enfants de l'association sans but lucratif Centre régional pour l'accueil de la petite enfance agréés au moment de l'entrée en vigueur du décret conformément aux articles 7 et 8 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants restent agréés sans préjudice des dispositions de ce décret et de ses arrêtés d'exécution.

Art. 47. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur à une date devant être fixée par le Gouvernement, à l'exception des articles 1^{er} à 5, 8 à 27, 33, 36 et 45, qui entrent en vigueur le 1^{er} juin 2023.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 22 mai 2023.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation et de la recherche scientifique

—————
Note

Session 2022-2023

Documents parlementaires :

269 (2022-2023) n° 1 - Projet de décret

269 (2022-2023) n° 2 - Proposition d'amendement

269 (2022-2023) n° 3 - Rapport

269 (2022-2023) n° 4 - Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 22 mai 2023 - n° 58 - Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/205455]

22 MEI 2023. — Decreet tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° adviescommissie: de adviescommissie voor kinderopvang vermeld in artikel 14 van dit decreet;

2° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

3° dienstverrichter: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 3°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, de natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger kinderopvang aanbiedt;

4° persoon die werkzaam is in de kinderopvang: overeenkomstig artikel 2, eerste lid, 4°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, de natuurlijke persoon die als dienstverrichter of in opdracht van een dienstverrichter werkzaam is en zelf kinderen opvangt of direct en regelmatig met opgevangen kinderen in contact komt;

5° aangesloten onthaalouder: persoon die werkzaam is in de kinderopvang en die in opdracht van een dienst voor onthaalouders - zonder door een arbeidsovereenkomst met die dienst verbonden te zijn en zonder onder een statutaire dienstverhouding te vallen - bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

6° zelfstandige onthaalouder: dienstverrichter en persoon die werkzaam is in de kinderopvang die zelfstandig, in het kader van een opvangcontract, bij voorrang baby's en peuters van anderen opvangt en/of eventueel buitenschoolse opvang aanbiedt;

7° zelfstandige mede-onthaalouders: vereniging zonder rechtspersoonlijkheid van hoogstens drie reeds erkende zelfstandige onthaalouders op een plaats voor gemeenschappelijke kinderopvang;

8° centrum: het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 2. — *Oprichting van het centrum*

Art. 4. Oprichting

Er wordt een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap opgericht.

Het centrum bezit rechtspersoonlijkheid en behoort tot de instellingen van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. Het is onderworpen aan de bepalingen van dit decreet.

Het centrum is gevestigd in het Duitse taalgebied.

HOOFDSTUK 3. — *Taken van het centrum*

Art. 5. Beginsel van de verscheidenheid

In het kader van dit decreet ziet het centrum erop toe dat een kwalitatief hoogstaande en wetenschappelijk gefundeerde kinderopvang en vroegkinderlijke ontwikkeling, alsook pluraliteit en verscheidenheid in de kinderopvang de basis vormen van de uitoefening van zijn taken.

Art. 6. Taken

Het centrum vervult de volgende algemene taken:

- 1° de bevolking algemeen informeren over de maatregelen en het aanbod op het gebied van kinderopvang;
- 2° voor bewustwording en public relations op het gebied van kinderopvang zorgen;
- 3° op eigen initiatief of op verzoek van het Parlement of de Regering behoefteanalyses uitwerken en op basis daarvan aanbevelingen doen om het aanbod aan te passen;
- 4° informatie-uitwisseling en netwerkvorming tussen de dienstverrichters bevorderen en begeleiden;
- 5° studies en onderzoeken op het gebied van kinderopvang uitvoeren of in opdracht geven;
- 6° bijscholingen en voortgezette opleidingen organiseren voor de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- 7° de Duitstalige Gemeenschap in opdracht van de Regering vertegenwoordigen in Belgische, Europese of internationale organen en samenwerkingsovereenkomsten sluiten met overheden en instellingen in het binnenland en in het buitenland;
- 8° de zelfstandige onthaalouders en de zelfstandige mede-onthaalouders, in het bijzonder voordat ze hun opvangactiviteit aanvangen, begeleiden en adviseren omtrent de inrichting van de opvangruimten in overeenstemming met de wettelijke bepalingen, de uitwerking van hun pedagogische kinderopvangconcept en de juridische en fiscale randvoorwaarden;
- 9° adviezen opstellen inzake erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders of inzake het behoud, de verlenging, de wijziging, de schorsing of de intrekking van die erkenningen door de Regering;
- 10° het inkomen vaststellen van de personen belast met de opvoeding van kinderen die door dienstverrichters worden opgevangen of voor wie bij de dienstverrichters opvang wordt aangevraagd en het inkomen vaststellen van de personen die tot hetzelfde gezin behoren als die personen belast met de opvoeding;
- 11° pedagogisch advies voor de dienstverrichters aanbieden;
- 12° inclusie in de kinderopvang bevorderen;
- 13° vroegkinderlijke ontwikkeling in de kinderopvang stimuleren.

Het centrum vervult de volgende taken als dienstverrichter:

- 1° aan kinderopvang doen met toepassing van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang;
- 2° innovatieve proefprojecten op het gebied van kinderopvang uitvoeren;
- 3° de kwaliteit en het klachtenbeheer van de eigen dienstverrichtingen waarborgen;
- 4° de kinderopvangplaatsen in het opvangaanbod van het centrum toewijzen aan de personen belast met de opvoeding.

Bij het uitoefenen van zijn opdracht werkt het centrum nauw samen met alle partners die werkzaam zijn op het gebied van kinderopvang.

De Regering kan het centrum met de uitvoering van aanvullende opdrachten belasten, voor zover die betrekking hebben op het takenpakket van het centrum dat in dit decreet wordt afgebakend.

Art. 7. Uitvoering van de taken

De Regering kan nog andere raamvoorwaarden voor de uitvoering van de taken vermeld in dit hoofdstuk vastleggen, met inbegrip van eventuele procedurebepalingen.

HOOFDSTUK 4. — *Bestuur van het centrum*

Afdeling 1. — Raad van bestuur

Art. 8. Samenstelling

De raad van bestuur van het centrum is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:

- 1° twee vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties;
- 2° twee vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;
- 3° drie vertegenwoordigers van de ziekenfondsen;
- 4° vier vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld;
- 5° een vertegenwoordiger van de gemeenten;
- 6° een vertegenwoordiger van de adviescommissie vermeld in artikel 14.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur:

1° de regeringscommissarissen vermeld in artikel 88 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;

2° een vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° de afgevaardigd directeur van het centrum, tenzij de raad van bestuur voor een bepaalde vergadering anders daarover beslist.

De raad van bestuur kan ad hoc deskundigen met raadgevende stem voor zijn vergaderingen uitnodigen.

Art. 9. Aanwijzing van de leden

De Regering wijst de volgende leden aan:

1° de leden vermeld in artikel 8, eerste lid, 1°, op voordracht van de representatieve werknemersorganisaties;

2° de leden vermeld in artikel 8, eerste lid, 2°, op voordracht van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

3° de leden vermeld in artikel 8, eerste lid, 3°, op voordracht van de ziekenfondsen;

4° de leden vermeld in artikel 8, eerste lid, 4°, en tweede lid, 2°;

5° het lid vermeld in artikel 8, eerste lid, 5°, op voordracht van de gemeenten;

6° het lid vermeld in artikel 8, eerste lid, 6°, op voordracht van de adviescommissie;

7° onder de leden, de voorzitter van de raad van bestuur, op voordracht van de raad van bestuur.

Niet meer dan twee derde van de leden vermeld in artikel 8, eerste lid, mag van hetzelfde geslacht zijn.

De hoedanigheid van lid van de raad van bestuur is niet verenigbaar met de hoedanigheid van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van het parlement van een gemeenschap of gewest of van een regering. Bovendien mag een lid van de raad van bestuur geen provinciegouverneur of geen personeelslid van het centrum zijn, onverminderd artikel 8, tweede lid, 3°.

Art. 10. Duur van het mandaat

De leden van de raad van bestuur worden aangewezen voor vijf jaar. Hun mandaat kan worden verlengd. Een lid kan niet voor twee opeenvolgende mandaten als vertegenwoordiger van de adviescommissie worden aangewezen.

Het mandaat van de leden van de raad van bestuur eindigt door overlijden, vrijwillig ontslag, verval van de burgerlijke of politieke rechten, verlies van het mandaat van de verenigingen, instellingen, diensten of groeperingen die kandidaten mogen voordragen of als één van de onverenigbaarheden bepaald in artikel 9, derde lid, zich voordoet.

Elk lid dat de raad van bestuur vóór het verstrijken van zijn mandaat verlaat, wordt vervangen. Het nieuwe lid doet het mandaat van zijn voorganger uit.

Art. 11. Besluitvorming

De raad van bestuur kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Ongeacht het aantal aanwezige of vertegenwoordigde stemgerechtigde leden kan hij geldige besluiten nemen over punten die voor de tweede keer op de agenda staan.

De besluiten van de raad van bestuur worden genomen bij absolute meerderheid van de uitgebrachte stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Art. 12. Taken

De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden die noodzakelijk zijn voor de inhoudelijke en strategische invulling en voor de organisatie en het bestuur van het centrum. Hij zorgt voor een klachtenbeheer.

Hij kan in zijn huishoudelijk reglement vastleggen dat beslissingsbevoegdheden worden overgedragen aan de afgevaardigd directeur of aan andere personeelsleden van het centrum.

De Regering wint het advies van de raad van bestuur in over elk ontwerp van decreet waarbij dit decreet wordt gewijzigd. De raad van bestuur is verplicht zijn advies binnen zestig dagen na de aanvraag uit te brengen, tenzij een andere termijn is overeengekomen.

Art. 13. Huishoudelijk reglement

De raad van bestuur stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring voor aan de Regering.

Afdeling 2. — Adviescommissie voor kinderopvang en meewerkende organen

Art. 14. Oprichting van een adviescommissie voor kinderopvang

Er wordt een adviescommissie voor kinderopvang opgericht.

Art. 15. Samenstelling van de adviescommissie

§ 1 - De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd:

1° één vertegenwoordiger van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

2° één vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3° één vertegenwoordiger van het Centrum voor bevorderingspedagogiek;

4° één vertegenwoordiger van de dienstverrichters, met uitzondering van het centrum;

5° één vertegenwoordiger van de aangesloten onthaalouders;

6° één vertegenwoordiger van de personen van het centrum die werkzaam zijn in de kinderopvang, met uitzondering van de aangesloten onthaalouders;

7° één vertegenwoordiger van de ouders van de kinderen die in het Duitse taalgebied worden opgevangen.

Hebben raadgevende stem in de raad van bestuur:

1° één vertegenwoordiger van het centrum;

2° één vertegenwoordiger van de Regering.

Het centrum zorgt voor de notulen van de vergaderingen van de adviescommissie.

§ 2 - De adviescommissie kiest uit haar stemgerechtigde leden een voorzitter voor de duur van het mandaat.

§ 3 - De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, 1^o tot 3^o, worden aangewezen op voordracht van hun in de adviescommissie vertegenwoordigde instelling.

§ 4 - De leden van de adviescommissie worden aangewezen voor vijf jaar. Hun mandaat kan worden verlengd.

Ongeacht een vrijwillig ontslag kan de Regering op verzoek van de betrokken instelling het mandaat van een lid beëindigen voordat de normale duur van het mandaat verstreken is.

Bij ontslag van een lid doet het plaatsvervangende lid het mandaat van het vertrekkende lid uit.

§ 5 - De adviescommissie kan ad hoc deskundigen met raadgevende stem voor haar vergaderingen uitnodigen.

Art. 16. Taken van de adviescommissie

De adviescommissie heeft de volgende taken:

1^o op eigen initiatief of op verzoek van de raad van bestuur advies verstrekken of aanbevelingen doen omtrent aangelegenheden die door dit decreet worden geregeld, zonder afbreuk te doen aan de bevoegdheid van andere, door de Regering opgerichte organen;

2^o op verzoek van de raad van bestuur advies verlenen over alle aangelegenheden die verband houden met de bevoegdheden inzake inhoudelijke en strategische invulling van het toepassingsgebied van het decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 17. Werking van de adviescommissie

De werking van de adviescommissie wordt geregeld in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur dat in artikel 13 wordt vermeld. In het huishoudelijk reglement wordt in het bijzonder de bijeenroeping van de vergaderingen van de adviescommissie geregeld.

De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten als meer dan de helft van de aangewezen leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Ongeacht het aantal aanwezige of vertegenwoordigde leden kan ze geldige besluiten nemen over punten die voor de tweede keer op de agenda staan.

De besluiten van de adviescommissie worden genomen bij absolute meerderheid van de uitgebrachte stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

Art. 18. Vergoedingen

De leden van de adviescommissie ontvangen geen presentiegeld. Ze hebben recht op reiskostenvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen.

Art. 19. Oprichting van meewerkende organen

De raad van bestuur kan meewerkende organen oprichten die hem bij de vervulling van zijn taken adviseren en begeleiden.

De raad van bestuur bepaalt de samenstelling en de taken van de meewerkende organen, maar mag de bij decreet vastgelegde bevoegdheden van de raad van bestuur en van de adviescommissie daarbij niet inperken.

Afdeling 3. — Afgevaardigd directeur en personeel

Art. 20. Benoeming

De Regering benoemt de afgevaardigd directeur van het centrum en bepaalt zijn statuut.

Art. 21. Taken

De afgevaardigd directeur voert de besluiten van de raad van bestuur uit. Hij leidt het personeel en zorgt voor het dagelijks bestuur van het centrum binnen de perken van de volmachten die hem door het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur zijn verleend.

De afgevaardigd directeur bereidt de vergaderingen van de raad van bestuur voor, verstrekt hem alle inlichtingen en legt hem alle voorstellen voor die voor het functioneren van het centrum nuttig zijn.

De afgevaardigd directeur vertegenwoordigt het centrum in gerechtelijke en buitengerechtelijke aangelegenheden. Met instemming van de raad van bestuur kan hij delen van zijn bevoegdheden overdragen aan een of meer personeelsleden.

In geval van gerechtvaardigde spoed oefent de afgevaardigd directeur de bevoegdheden van de raad van bestuur uit binnen de perken die in het huishoudelijk reglement van de raad van bestuur zijn vastgelegd. Hij brengt daarover verslag uit op de eerstvolgende vergadering van de raad van bestuur.

Art. 22. Pensioen

De ambtenaren van het centrum, met inbegrip van de afgevaardigd directeur, vallen onder de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

HOOFDSTUK 5. — Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens

Art. 23. Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten het centrum en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd werden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 24. Verwerking van persoonsgegevens

Het centrum is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 25. Het geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens.

Het centrum mag de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van zijn wettelijke en decretale opdrachten die verband houden met dit decreet.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens.

Art. 25. Gegevenscategorieën

§ 1 - Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 6°, namelijk het organiseren van bijscholingen en voortgezette opleidingen, met betrekking tot personen die werkzaam zijn in de kinderopvang:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het einddiploma en de opleiding.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 8°, namelijk het adviseren en begeleiden van de zelfstandige onthaalouders en de zelfstandige mede-onthaalouders voordat ze hun opvangactiviteit aanvangen, met betrekking tot die zelfstandige onthaalouders en zelfstandige mede-onthaalouders:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over de samenstelling van het gezin;
- 3° gegevens over de arbeidsverhouding.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 9°, namelijk het opstellen van adviezen inzake de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering of inzake het behoud, de verlenging, de wijziging, de schorsing of de intrekking van de erkenningen van zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders door de Regering:

- 1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gezondheidsgegevens;
- e) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- f) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- e) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende de zelfstandige onthaalouders en mede-onthaalouders, alsook betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;
- d) gegevens over de arbeidsverhouding;
- e) gegevens over vroegere of andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;
- f) gezondheidsgegevens;
- g) gegevens over politieke, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen die niet verenigbaar zijn met kinderopvang;

- h) gerechtelijke gegevens;
- i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- k) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

4° betreffende alle meerderjarigen die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, alsook, als de kinderopvang in de woning van die personen plaatsvindt, betreffende alle meerderjarigen die tot het gezin behoren:

- a) identiteitsgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gerechtelijke gegevens.

Overeenkomstig artikel 24 kan het centrum de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 10°, namelijk het inkomen van de personen belast met de opvoeding bepalen:

- 1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:
 - a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) het rijksregisternummer;
 - c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
 - d) gezondheidsgegevens;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over de sociale en financiële situatie.

Het centrum kan overeenkomstig artikel 24 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op het doel vermeld in artikel 6, eerste lid, 11°, namelijk pedagogisch advies geven aan de dienstverrichters, met betrekking tot de personeelsleden van het centrum en de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het eindexamen en de opleiding.

§ 2 - De persoonsgegevens die in het kader van de taken vermeld in artikel 6, tweede lid, worden verwerkt, worden overeenkomstig het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang verwerkt.

§ 3 - De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in paragraaf 1 preciseren.

Art. 26. Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 24 verwerkte gegevens mogen tot ten hoogste twee jaar na het einde van de activiteiten van de personen vermeld in artikel 25, § 1, worden bewaard in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 27. Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 6. — *Financiële bepalingen*

Art. 28. Financiële middelen van het centrum

§ 1 - Voor de uitvoering van zijn taken beschikt het centrum over de middelen die daartoe in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap zijn uitgetrokken. Het centrum mag schenkingen en legaten aanvaarden en alle andere inkomsten ontvangen.

Het centrum verricht zijn in dit decreet genoemde diensten binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

§ 2 - De gemeenten van het Duitse taalgebied betalen een jaarlijkse bijdrage van in totaal 400.000 euro aan het centrum. De verdeling van dat bedrag onder de gemeenten wordt vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering, het centrum en de gemeenten.

Het bedrag vermeld in het eerste lid wordt jaarlijks aangepast aan het groeipercentage van het gemiddelde indexcijfer van de consumptieprijzen van het betrokken begrotingsjaar.

§ 3 - In afwijking van artikel 12 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang kan het centrum geen binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen toegekende subsidies voor kinderopvang ontvangen.

Art. 29. Vergoedingen

De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen die worden toegekend aan de leden van de raad van bestuur en aan de deskundigen.

Art. 30. Beroep op de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

Het centrum kan de bedragen die op grond van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang moeten worden gevorderd, invorderen overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 31. Inventaris van de onroerende goederen

De raad van bestuur stelt een inventaris op van alle onroerende goederen van het centrum, met vermelding van de herkomst en bestemming ervan. Hij bezorgt die inventaris aan de Regering.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het opstellen van die inventaris.

De inventaris wordt voortdurend bijgewerkt door de raad van bestuur. Elke wijziging of aanpassing wordt jaarlijks, samen met het begrotingsvoorstel, meegedeeld aan de regeringscommissaris, die deze documenten verzendt aan de Regering.

HOOFDSTUK 7. — *Slotbepalingen*

Art. 32. Wijzigingsbepaling

Artikel 353bis/12 van de programmawet (I) van 24 december 2002, ingevoegd bij de wet van 24 april 2014, wordt opgeheven.

Art. 33. Wijzigingsbepaling

In artikel 87, § 2, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de decreten van 31 maart 2014 en 13 december 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;
- 2° de paragraaf wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:
"7° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 34. Wijzigingsbepaling

Artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang wordt vervangen als volgt:

"2° kinderopvang: de regelmatige opvang van kinderen in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding, met uitzondering van de activiteiten die vorming, onderwijs, jeugd, jeugdbijstand, cultuur, toerisme of sport als hoofddoel hebben;"

Art. 35. Wijzigingsbepaling

Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid wordt het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap van rechtswege als erkend beschouwd."

Art. 36. Wijzigingsbepaling

In artikel 7, eerste lid, 1°, van hetzelfde decreet wordt de eerste zin vervangen als volgt:

alle meerderjarigen die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen dienen betreffende zichzelf en, als de kinderopvang in de woning van die personen plaatsvindt, betreffende alle meerderjarigen die tot het gezin behoren, een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering in dat bewijst dat ze geen vermelding in het Strafrechtregister hebben die hen verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kindbescherming, animatie voor minderjarigen of begeleiding van minderjarigen valt."

Art. 37. Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet wordt een artikel 10.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 10.1 - Sluiting wegens dringende noodzakelijkheid

De Regering kan een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig of voor onbepaalde duur sluiten om één van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn dat de toepasselijke bepalingen kennelijk geschonden worden.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting van een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid en de gevolgen voor de erkenning van de dienstverrichter."

Art. 38. Wijzigingsbepaling

In artikel 12, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord "dienstverrichters" vervangen door de woorden "dienstverrichters en het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 39. Wijzigingsbepaling

Artikel 15 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt vervangen als volgt:

"Art. 15 - Verwerking van persoonsgegevens

De Regering, de dienstverrichters en de overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen zijn, elk wat haar of hem betreft, verantwoordelijk voor de in dit decreet vermelde verwerkingen van persoonsgegevens in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, lid 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

1° de Regering voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 2 en vermeld in de artikelen 12, 16 en 16.5;

2° de dienstverrichters voor het vervullen van de taken vermeld in hoofdstuk 2 en vermeld in de artikelen 12 en 16;

3° de inspecteurs en externe deskundigen voor het vervullen van de taken vermeld in artikel 17.

De Regering, de dienstverrichters, de inspecteurs en de externe deskundigen mogen de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten in verband met dit decreet.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens."

Art. 40. Wijzigingsbepaling

In hoofdstuk 4 van hetzelfde decreet wordt een artikel 15.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.1 - Gegevenscategorieën

De Regering kan de volgende categorieën van persoonsgegevens overeenkomstig artikel 15 verwerken met het oog op het verlenen, schorsen of intrekken van erkenningen overeenkomstig hoofdstuk 2, het controleren van de subsidiëeringsvoorwaarden overeenkomstig artikel 12, het klachtenbeheer overeenkomstig artikel 16 en het toekennen van het attest voor belastingvermindering vermeld in artikel 16.5:

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) het rijksregisternummer;

c) gegevens over de samenstelling van het gezin;

d) gezondheidsgegevens;

e) gegevens over de sociale situatie;

f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

g) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over de sociale en financiële situatie;
- e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in 1° behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens;

4° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook, in voorkomend geval, betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;
- d) gegevens over de arbeidsverhouding;
- e) gegevens over vroegere of andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;
- f) gezondheidsgegevens;
- g) gegevens over politieke, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen die niet verenigbaar zijn met kinderopvang;
- h) gerechtelijke gegevens;
- i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- k) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

5° betreffende de personeelsleden van de dienstverrichters die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- c) gegevens over de arbeidsverhouding;

6° betreffende alle meerderjarigen die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, alsook, als de kinderopvang in de woning van die personen plaatsvindt, betreffende alle meerderjarigen die tot het gezin behoren:

- a) identiteitsgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gerechtelijke gegevens.

De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 15 de volgende categorieën van persoonsgegevens met het oog op de organisatie en het beheer van het aanbod aan kinderopvang overeenkomstig dit decreet verwerken:

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gezondheidsgegevens;
- e) gegevens over de sociale situatie;
- f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over de sociale en financiële situatie;
- e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in het eerste lid behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens.

De dienstverrichters kunnen overeenkomstig artikel 15 de volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken om na te gaan of is voldaan aan de voorwaarden voor het verkrijgen of behouden van een erkenning die overeenkomstig hoofdstuk 2 is aangevraagd en om de subsidievoorwaarden te controleren:

1° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook, in voorkomend geval, betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;
- d) gegevens over de arbeidsverhouding;
- e) gegevens over vroegere en andere activiteiten, zowel professioneel als niet-professioneel;
- f) gezondheidsgegevens;
- g) gegevens over politieke, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen die niet verenigbaar zijn met kinderopvang;
- h) gerechtelijke gegevens;
- i) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- j) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- k) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

2° betreffende personeelsleden die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- c) gegevens over de arbeidsverhouding;

3° betreffende alle meerderjarigen die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, alsook, als de kinderopvang in de woning van die personen plaatsvindt, betreffende alle meerderjarigen die tot het gezin behoren:

- a) identiteitsgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gerechtelijke gegevens.

De overeenkomstig artikel 17 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen overeenkomstig artikel 15 volgende categorieën van persoonsgegevens verwerken met het oog op de begeleiding, advisering en controle bedoeld in artikel 17:

1° betreffende de opgevangen kinderen of kinderen voor wie opvang wordt aangevraagd:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gezondheidsgegevens;
- e) gegevens over de sociale situatie;
- f) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen belast met de opvoeding van de kinderen vermeld in 1° en betreffende personen uit hetzelfde gezin:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over de sociale en financiële situatie;
- e) gegevens ter bepaling van de behoefte aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- f) gegevens over de benutting van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende derden die niet tot het gezin van de kinderen vermeld in het eerste lid behoren, voor zover dat voor het organiseren en aanbieden van de kinderopvang noodzakelijk is: identiteitsgegevens en contactgegevens;

4° betreffende de personeelsleden van de dienstverrichters die geen personen zijn die werkzaam zijn in de kinderopvang:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over het einddiploma en de opleiding;

5° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook, in voorkomend geval, betreffende personen die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben of zich in een wervingsprocedure bevinden:

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) het rijksregisternummer;
- c) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- d) gegevens over de arbeidsverhouding;
- e) gegevens over de gezondheid van de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- f) gegevens over politieke, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen van de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, die niet verenigbaar zijn met kinderopvang;
- g) gerechtelijke gegevens over de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- j) gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- k) gegevens over de woonplaats, als de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang;

6° betreffende alle meerderjarigen die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, alsook, als de kinderopvang in de woning van die personen plaatsvindt, betreffende alle meerderjarigen die tot het gezin behoren:

- a) identiteitsgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gerechtelijke gegevens.

De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in het eerste tot vierde lid preciseren.”

Art. 41. Wijzigingsbepaling

In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 15.2 ingevoegd, luidende:

”Art. 15.2 - Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 15.1 verwerkte gegevens mogen tot ten hoogste tien jaar na beëindiging van de kinderopvang worden bewaard in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.”

Art. 42. Wijzigingsbepaling

In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 15.3 ingevoegd, luidende:

”Art. 15.3 - Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.”

Art. 43. Wijzigingsbepaling

In artikel 16.2, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

”5° een vertegenwoordiger van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap.”

Art. 44. Wijzigingsbepaling

Artikel 28/13 van het koninklijk besluit van 16 mei 2003 tot uitvoering van het Hoofdstuk 7 van Titel IV van de programmawet van 24 december 2002 (I), betreffende de harmonisering en vereenvoudiging van de regelingen inzake verminderingen van de sociale zekerheidsbijdragen, ingevoegd bij het koninklijk besluit van 24 april 2014, wordt opgeheven.

Art. 45. Overgangsbepaling

§ 1 - De personeelsleden van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die zich op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet in een arbeidsverhouding met die vzw bevinden, worden bij het centrum in dienst genomen met een arbeidsovereenkomst op basis van een aanbod van het centrum.

In afwijking van het eerste lid bestaan de volgende mogelijkheden voor de aangesloten onthaalouders die op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet op basis van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang toegelaten zijn: op basis van een aanbod van het centrum bij het centrum in dienst worden genomen met een arbeidsovereenkomst of in opdracht van het centrum als aangesloten onthaalouder werken.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van de rechtspositionele bepalingen die de Regering heeft vastgelegd op basis van artikel 102 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, ontvangen de personeelsleden vermeld in § 1, eerste lid, in dat geval minstens het bezoldigingspakket dat ze hadden op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit decreet.

Art. 46. Overgangsbepaling

De crèches, de locaties voor buitenschoolse opvang en de diensten voor onthaalouders van de vereniging zonder winstoogmerk Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op het tijdstip van de inwerkingtreding van het decreet erkend zijn op grond van de artikelen 7 en 8 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, behouden hun erkenning, onverminderd dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 47. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op een door de Regering te bepalen datum, met uitzondering van de artikelen 1 tot 5, de artikelen 8 tot 27, artikel 33, artikel 36 en artikel 45, die in werking treden op 1 juni 2023.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 22 mei 2023.

O. PAASCH

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

Zitting 2022-2023

Parlementaire stukken:

269 (2022-2023) Nr. 1 - Ontwerp van decreet

269 (2022-2023) Nr. 2 - Voorstel tot wijziging

269 (2022-2023) Nr. 3 - Verslag

269 (2022-2023) Nr. 4 - Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 22 mei 2023 - Nr. 58 - Bespreking en stemming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/205586]

4. MAI 2023 — Ministerieller Erlass zur Festlegung der Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel besteht

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien,

Aufgrund des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 8 § 1, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 § 1 Nummer 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 9 Absatz 1 Nummer 20, ersetzt durch den Erlass der wallonischen Regierung vom 2. Juli 2015;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende, Artikel 28 § 3 Absatz 4, abgeändert durch den Erlass vom 27. August 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister, abgeändert durch den Erlass vom 12. Oktober 2020;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 30. Juni 2022 zur Festlegung der Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel besteht;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. April 2023;

Beschließt:

Artikel 1 - Die in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 20 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und die in Artikel 28 § 3 Absatz 1 Nummer 5 Buchstaben *a*) und *c*) des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende erwähnten Berufe, für die ein Fachkräftemangel besteht, sind:

1. Gartenbauer;
2. Instrumentenbauer;
3. Versicherungsmitarbeiter;
4. Metzger, Fleischwarenhersteller;
5. Bäcker, Konditor;
6. Vertriebsmitarbeiter;
7. Call-Center-Angestellte;
8. Fachkraft für Öffentlichkeitsarbeit, Social Media;
9. Architekt;
10. Bauzeichner;
11. Bauingenieur;
12. Landmesser;